

NIEDERSCHRIFT

über die **44.** Sitzung des
des Kreisausschusses
(XIV. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **21.01.2009**
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 15:05 Uhr
Ende der Sitzung: 17:35 Uhr
Der Vorsitz führte: Landrat Dieter Patt

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Dieter Patt

• CDU-Fraktion

2. Frau Irmintrud Berger
 3. Herr Reiner Geroneit
 4. Herr Heinz-Ferdi Heimanns
 5. Herr Gerhard Heyner
 6. Herr Eberhard Hücker
 7. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
 8. Frau Ursula Kwasny
 9. Herr Lutz Lienenkämper
 10. Frau Beate Pricking
 11. Herr Dr. Christian Will
- Vertretung für Graf Bertram von Nesselrode

• SPD-Fraktion

12. Frau Ulrike Apel-Haefs
 13. Herr Horst Fischer
 14. Herr Stephan Ingenhoven
 15. Herr Dieter Jüngerkes
 16. Herr Rainer Thiel
- bis 17.10 Uhr
bis 17.00 Uhr

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

17. Herr Erhard Demmer

- **FDP-Fraktion**

18. Herr Dr. Bijan Djir-Sarai

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

19. Herr Jürgen Güsgen

- **Verwaltung**

- 20. Frau Annika Böhm
- 21. Frau Ulrike Holz
- 22. Herr Ingolf Graul
- 23. Herr Günter Hassels
- 24. Herr Tillmann Lonnes
- 25. Herr Karsten Mankowsky
- 26. Herr Johannes Nordmann
- 27. Herr Hans-Jürgen Petrauschke
- 28. Herr Jürgen Steinmetz
- 29. Herr Stefan Stelten
- 30. Herr Harald Vieten

- **Schriftführer**

31. Herr Jürgen Klose

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse.....	4
2.1.	Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 04.12.2008.....	4
3.	Bericht zur Braunkohlenplanung (Dezember 2008 / Januar 2009) Vorlage: 61/608/2009.....	5
4.	Bericht zur Regionalarbeit (Dezember 2008 / Januar 2009) Vorlage: 61/618/2009.....	6
5.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung.....	9
5.1.	Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand: Januar 2009) Vorlage: VII/607/2009.....	12
5.2.	Konjunkturprogramm II der Bundesregierung Vorlage: III/647/2009.....	12
5.3.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion "Investitionsprogramm für den Rhein-Kreis Neuss" Vorlage: 010/651/2009.....	12
6.	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) Vorlage: 50/610/2009.....	12
7.	Mitteilungen.....	12
8.	Anfragen.....	13

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Dieter Patt begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Kreisausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

zu TOP 2.1 -öffentlicher Teil- Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 04.12.2008	Richtigstellung der Anwesenheitsübersicht ☒
zu TOP 3 -öffentlicher Teil- Bericht zur Braunkohlenplanung Dezember 2008/Januar 2009	Erläuterung der Verwaltung „Teilnahme des Rhein-Kreises Neuss am European Economic Congress 2009“ ☒
zu TOP 5 - öffentlicher Teil - Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung	Arbeitspapier der Verwaltung zum Konjunkturprogramm II der Bundesregierung ☒ Kultur- und Freizeitführer 2009

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 04.12.2008

Protokoll:

Landrat Dieter Patt machte auf die verteilte Tischvorlage zur Korrektur der Anwesenheitsübersicht der Niederschrift aufmerksam (siehe Anlage).

KA/20090121/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigte einstimmig die Beschlüsse des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 04.12.2008 und erhob sie zu seinen Beschlüssen.

3. Bericht zur Braunkohlenplanung (Dezember 2008 / Januar 2009) Vorlage: 61/608/2009

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer hinterfragte kritisch die Gründe für die Konzentration auf eine Zusammenarbeit mit RWE beim Energiecontrolling der kreiseigenen Liegenschaften. Dies könne auch mit Unternehmen aus der heimischen Wirtschaft geleistet werden.

Landrat Dieter Patt erinnerte an die Bedeutung von RWE als großem Arbeitgeber und Hauptstromlieferant im Rhein-Kreis Neuss. Ein derart weitumfassendes Energiecontrolling sei ein beispielhaftes Projekt mit Modellcharakter. Dem Kreis entstünden keine Kosten. Dies habe man mit Blick darauf erreichen können, dass das Modell auch für RWE selbst interessant und der Kreis ein langjähriger Großkunde von RWE sei. Er werde regelmäßig berichten.

Die im Bericht erwähnten Mängel bzgl. technischer Gebäudeausstattungen betreffend bat Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer um eine genaue Auflistung mit Darstellung des jeweiligen konkreten Sanierungsbedarfs. Er erinnerte an die im Schulausschuss thematisierten Mängel.

Landrat Dieter Patt verwies auf das verteilte Arbeitspapier (siehe Anlage), das unter TOP 5 zur Sprache kommen werde. Hieraus seien weitere Informationen ersichtlich.

Kreisdirektor Hans-Jürgen Petrauschke stellte klar, dass bei den im Bericht genannten Mängeln kein sofortiger Handlungsbedarf bestehe. Vielmehr handele es sich um Sanierungen, die eventuell im Rahmen des Konjunkturprogramms II der Bundesregierung vorgezogen werden könnten. Diese Maßnahmen dürften daher nicht mit den im Schulausschuss besprochenen Sanierungen verglichen werden.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erklärte, dass seine Fraktion dem European Economic Congress sehr kritisch gegenüber stehe. Man sehe hierin keinen offenen, sondern vielmehr einen konservativ-parteilichen Kongress im EU-Wahlkampf.

Dieser Eindruck sei für ihn nicht nachvollziehbar, so Landrat Dieter Patt, der die Teilnahme von RWE am Kongress hervorhob. Es biete sich hier die große Chance, dass alle Seiten näher zusammen rücken könnten und das gemeinsam mit den polnischen Partnern. Eine Kraftwerksmodernisierung in Polen wäre ein wichtiger Meilenstein. Zur Zukunft des Kraftwerks Frimmersdorf machte er deutlich, dass dieser Standort für RWE weiterhin bedeutsam sei, auch im Hinblick auf die Planung eines der modernsten Braunkohlekraftwerke mit geringst möglichem CO₂ Ausstoß. Daneben bleibe die Nutzung regenerativer Energien wie etwa Windkraft, Biogas, Photovoltaik, Gardenlands, ein wichtiges Thema bei RWE. Die jüngsten Investitionen von RWE im Kreisgebiet belegten dessen große Bedeutung für RWE. Mit Blick auf die Krise des Hydro-Aluminium-Rheinwerkes in Neuss und die diesbezügliche Kritik des Kreistagsabgeordneten Erhard Demmer in der Presse machte Landrat Dieter Patt deutlich, dass auch die Arbeitnehmer auf ein solches Engagement setzten. In Kürze werde die Aluminiumkonferenz mit hochrangigen Vertretern der Beteiligten (RWE, Hydro Norwegen, Bayer, 3 M, Forschungszentrum Jülich) stattfinden. Er sei zuversichtlich, dass dort eine Lösung gefunden werde, die die Arbeitsplätze an den drei Hydro-Standorten im Kreis nachhaltig sichern werde.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer forderte, dass sich RWE bewegen müsse. Bei

der Strompreisgestaltung gebe es durchaus noch genügend Handlungsspielraum. Zum Kraftwerksstandort Frimmersdorf merkte er an, dass auch bei einer Modernisierung der Wirkungsgrad letztendlich begrenzt bleibe. Das größere Potential liege in den regenerativen Energien.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel betonte, dass jede Bemühung um die örtliche Aluminiumindustrie und den Kraftwerkstandort grundsätzlich begrüßt und unterstützt werde. Die Entscheidung von RWE über das Innovationszentrum in Niederaußem irritiere, zumal dort ein neues Kraftwerk abgelehnt werde. Die jüngst in der Presse veröffentlichten Planungen von RWE zur Stilllegung von Blöcken in Frimmersdorf mache die Frage an RWE nach der Zukunft dieses Standorts noch dringender. Hier müsse zeitnah Klarheit geschaffen werden. Dabei müsse die Grevenbroicher Bevölkerung umfassend einbezogen werden, um die dortige Akzeptanz zu sichern.

Landrat Dieter Patt versicherte, dass Frimmersdorf ein wichtiger Standort für RWE bleibe. In Kürze stünden Gespräche mit RWE über die aktuellen Planungen an.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel ergänzte, dass man zusammen konsequent auf die Ansiedlung der innovativen Technologien im Kreis hinwirken müsse. Es sei nicht nachvollziehbar, dass diese dort realisiert werden sollen, wo der Widerstand besonders groß sei.

Nach Aussage des Kreistagsabgeordneten Lutz Lienenkämper sei es richtig, dass sich der Kreis in seinem Selbstverständnis als Energiekreis weiterhin und im Schulterschluss mit den Bürgern intensiv für die Umsetzung von industriellen Modernisierungen einsetze. Bei der Hydro-Problematik begrüßte er das Engagement des Landrats, die Beteiligten an einen Tisch zu führen. Der Inhalt dieses Gesprächs liege allerdings allein in deren Verantwortung. Er hoffe auf ein Ergebnis, das die Arbeitsplätze nachhaltig sichere.

Landrat Dieter Patt stimmte dem zu. Es müsse alles getan werden, um die innovativen Technologien in den Kreis zu bekommen. Neurath und Frimmersdorf seien zwingend einzubeziehen. Man werde das sehr sensible Thema der weiteren Entwicklung bei Hydro weiter kritisch begleiten, so Landrat Dieter Patt. Zunächst müssten die Ergebnisse abgewartet werden. Die drei Hydrostandorte zusammen ergeben mehr als 5000 Arbeitsplätze.

KA/20090121/Ö3

Beschluss:

Der Kreisausschuss nahm den Bericht zur Braunkohlenplanung, Stand Dezember 2008/Januar 2009, einstimmig zur Kenntnis.

4. Bericht zur Regionalarbeit (Dezember 2008 / Januar 2009) Vorlage: 61/618/2009

Protokoll:

Landrat Dieter Patt informierte über sein Gespräch mit Oberbürgermeister Elbers. Bei der Regionalarbeit sei einiges in Bewegung gekommen, so etwa bei der Planung einer Regionalkonferenz und regionaler Projekte. Ein großes Thema laut Presse sei die neue Namensgebung der Flughafenbrücke. Hierüber wie auch über die kreisrelevanten

Themen der Regionalkonferenz werde er die Politik auf dem Laufenden halten.

Bezüglich der RB 38 verwies Kreisdirektor Hans-Jürgen Petrauschke auf die Vorlage und die bereits seit Jahren andauernden Bemühungen um eine Verbesserung der Situation. Im Rechtsstreit des VRR mit der Bahn wegen nicht vertragsgemäßer Leistungserbringung habe das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen nun zu Gunsten der Bahn entschieden. Damit werde es sehr schwierig, weiterhin Druck auf die Bahn auszuüben. Der Kreis habe den VRR gebeten, bei der Bahn auf einen zuverlässigen Betrieb hinzuwirken. Der VRR habe in der 3. Kalenderwoche ein Gespräch mit der Bahn. Bislang seien alle Hoffnungen enttäuscht worden, mit der Bahn einen zuverlässigen Partner zu haben.

Kreistagsabgeordneter Horst Fischer erklärte, dass die Situation insbesondere für die Pendler unbefriedigend bleibe. Die Bahn lasse ihre Fahrgäste im Stich. Die Züge müssten aufgestockt und auch über zusätzliche Kreismittel müsse nachgedacht werden. Eine S-Bahn-Lösung sei ein denkbarer guter Ansatz.

Nach Ansicht des Kreistagsabgeordneten Jürgen Güssen werde deutlich, dass sich die Bahn nur für ihre großen Vorzeigeangebote wie den ICE, nicht aber für den Regionalverkehr interessiere. Sollte mit der Bahn keine entscheidende Qualitätsverbesserung möglich sein, befürworte er alternativ eine gemeinsame Lösung mit den Nachbarkommunen.

Landrat Dieter Patt merkte an, dass die Ringbahn um die Region eines der Themen der Regionalkonferenz sein werde.

Unter Hinweis auf den vorliegenden Bericht, wonach in 2005 ein Ausbau der Strecke für einen S-Bahn-Betrieb zwar untersucht, jedoch nicht in den Bedarfsplan des Landes NRW aufgenommen worden sei, fragte Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer nach den hierfür Verantwortlichen. Vorrangig seien mehr Züge zur Verfügung zu stellen, wobei dies kurzfristig gelöst werden müsse. Wichtig sei auch die Frage, wie mittelfristig Engpässe vermieden werden könnten. Die verschiedenen in Betracht kommenden Lösungsansätze sollten im Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss besprochen werden.

Zur Frage des Kreistagsabgeordneten Erhard Demmer nach der Verantwortung für die unterbliebene Aufnahme des Streckenausbaus in den Bedarfsplan NRW gab Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel an, dass die S-Bahn-Lösung zwar eine hohe Bewertung bekommen, das Landesverkehrsministerium die erforderlichen Mittel jedoch nicht bereit gestellt habe. Im Kreis müsse ohne Tabus über kurzfristige und pragmatische Lösungen nachgedacht werden, andere Trägerschaften und ihre finanziellen Aspekte eingeschlossen.

Die Zustände bei der RB 38 seien haarsträubend, so Kreistagsabgeordneter Dr. Christian Will. Er griff das Beispiel der Regiobahn auf und erinnerte an deren Ursprung. Die damalige Situation sei anders gewesen und daher nicht vergleichbar. Die Bahn habe seinerzeit die betreffende Strecke stilllegen wollen. Bei der RB 38 habe man jedoch eine Strecke, wenn auch eine betrieblich sehr schlecht bediente. Problematisch sei die Bindung durch den noch bis 2016 laufenden Vertrag zwischen dem VRR und der Bahn. Es interessierten sich durchaus Private für die Strecke, doch seien unter den gegebenen Umständen die Hände gebunden. Der VRR werde zwar in die Berufung gehen, doch stehe eine Sofortlösung damit weiterhin aus. Derzeit könne allein mit Hilfe entsprechender regelmäßiger Berichterstattung in der Presse Druck auf die Bahn ausge-

übt werden. Eine höhere finanzielle Beteiligung der Kommunen sei angesichts der im Raum stehenden erheblichen Kürzungen der staatlichen Zuschüsse beim SPNV der falsche Weg.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel gab zu bedenken, dass die Nutzer der RB 38 bereits seit Jahren vergeblich auf Verbesserungen warteten. Statt ständiger Hinweise auf die Gründe müsse an konkreten Lösungen, auch mit Kreisbeteiligung, gearbeitet werden. Die Umbenennung der Flughafenbrücke betreffend erklärte er, dass seine Fraktion die geplante Namensgebung nicht unterstütze.

Nach Auffassung des Kreistagsabgeordneten Erhard Demmer sollten die Bahnnutzer dazu aufgerufen werden, ebenfalls Druck auf die Bahn auszuüben. Es sei selbstverständlich, dass man auf die Einhaltung eines Vertrages poche. Der Kreis dürfe nicht locker lassen und müsse alle ihm gegebenen Möglichkeiten nutzen.

Kreisdirektor Hans-Jürgen Petrauschke erinnerte daran, dass sich der Kreis bereits seit 1995 gemeinsam mit den Kommunen intensiv um eine Verbesserung bemühe. Seitdem seien auch Verbesserungen entlang der Strecke erreicht worden. Mangelhaft sei jedoch der Betrieb der Strecke. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen habe einen Anspruch des VRR auf Leistungskürzung aufgrund mangelhafter Vertragserfüllung durch die Bahn verneint. Dies sei ein völlig unerwarteter Rückschlag, der die Vertretung der Interessen der Bahnnutzer erschwere. Er rief alle Beteiligten zu einer sachlichen und zielorientierten Weiterarbeit auf, in deren Rahmen jede Druckausübung auf die Bahn auch begrüßt werde. Nur Wege des Rechtsstaats seien zweckdienlich. Man sei auf eine zuverlässige Bahn angewiesen. Mit der gezeigten Unzuverlässigkeit schade sich die Bahn letztendlich selbst. Der angesprochene Schriftwechsel mit dem VRR werde der Niederschrift zur Sitzung beigelegt (siehe Anlage).

Landrat Dieter Patt versicherte, dass man an diesem Thema auch im Regionalrat dran bleibe und sich um Verbündete bemühe, um den Druck auf die Bahn zu erhöhen.

Auf die Frage des Kreistagsabgeordneten Dr. Bijan Djir-Sarai nach der „Metropolregion Rhein“ als Thema des Gesprächs des Landrats mit Oberbürgermeister Elbers erinnerte Landrat Dieter Patt daran, dass der Kreis bekenndes Mitglied der Region Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein sei. Hier könne man bereits auf große Erfolge zurückblicken. Im Regionalrat stünden entscheidende Veränderungen bei den regionalen Planungskompetenzen auf der Tagesordnung. Vor den notwendigen gemeinsamen Gesprächen mit der IHK, Düsseldorf und Köln/Bonn werde er die grundsätzliche Position des Kreises bei diesem Thema mit der Kreispolitik abstimmen.

Kreistagsabgeordneter Lutz Lienenkämper erklärte, dass man die Ansicht der IHK hinsichtlich der Verwaltung einer Metropolregion mittels eines aufgeblähten Verwaltungsapparates sehr kritisch sehe, im Übrigen aber durchaus Gemeinsamkeiten zwischen den regionalen Vorstellungen des Kreises und der IHK bestünden.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel betonte, dass die Politik noch eingehend über die notwendige regionale Positionierung des Kreises beraten müsse.

Landrat Dieter Patt bekräftigte, dass er pflichtgemäß die Position des Kreistags vertrete, der den Kreis als Mitglied der Region Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein sehe. Dies schließe Gespräche mit anderen regionalen Partnern jedoch nicht aus.

Kreistagsabgeordneter Dr. Bijan Djir-Sarai unterstrich die Dringlichkeit dieses Themas

gerade auch vor dem Hintergrund der beeindruckenden Entwicklung der Region Rhein-Ruhr.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer nahm Bezug auf die im Bericht dargestellten Radwegebaumaßnahmen an bestehenden Landstraßen und zweifelte den Sinn des Radweges von Norf nach Hoisten an.

Kreisdirektor Hans-Jürgen Petrauschke erwiderte, dass diese Maßnahme aus Gründen der Verkehrssicherheit sehr wohl angebracht sei.

KA/20090121/Ö4

Beschluss:

Der Kreisausschuss nahm den Bericht zur Regionalarbeit, Stand Dezember 2008/Januar 2009, einstimmig zur Kenntnis.

5. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung

Protokoll:

Die Punkte 5.1 bis 5.3 wurden an dieser Stelle zusammengefasst beraten.

Landrat Dieter Patt bezeichnete das Konjunkturprogramm II als eine große Chance für den Kreis, auf deren Wahrnehmung man sich rechtzeitig vorbereiten müsse. In diesem Zusammenhang sei das Kreisentwicklungskonzept eine wertvolle Basis. Dank des Staatsministers Hermann Gröhe und des Kreistagsabgeordneten Lutz Lienenkämper sei man stets auf dem Laufenden über die aktuelle Entwicklung in Berlin und Düsseldorf. Noch seien alle Gespräche im Gange, so dass man noch keine endgültigen Vorgaben habe. Fest stehe aber, dass auch die Kreise vom Konjunkturprogramm profitieren sollen. Er verwies auf das verteilte Arbeitspapier, das die Investitionsschwerpunkte des Konjunkturprogramms und die für den Kreis in Frage kommenden Maßnahmen wiedergebe (siehe Anlage). Gleichzeitig stellte er klar, dass am Ende die Politik über die tatsächlich zu realisierenden Maßnahmen entscheiden werde, gegebenenfalls in einer Sondersitzung des Kreisausschusses. Wichtig sei auch der Leitgedanke, sich in die Region einbringen und dafür regionale Partner gewinnen zu wollen. Es sei von Vorteil, dass die Verabschiedung des Haushalts erst im März anstehe. So könnten Vergaben in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde vorbereitet werden, denn schnelles Handeln sei nun oberstes Gebot. Wichtig sei zudem eine kurzfristige und umfassende Information der Unternehmen. Hierzu werde bereits eine entsprechende gemeinsame Veranstaltung des Kreises unter anderem mit der Sparkasse Neuss, der Creditreform und Partnern der Landesseite vorbereitet. Er skizzierte sodann die Blöcke der möglichen Investitionsmaßnahmen des Kreises auf der Grundlage des vorgenannten Arbeitspapiers, dem die weiteren Details entnommen werden können. Sobald die endgültigen Entscheidungen auf Bundesebene gefallen seien, müsse gehandelt werden. Er bat die Fraktionen, sich daher eingehend mit dem Arbeitspapier zu beschäftigen, um zum richtigen Zeitpunkt entscheiden zu können.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer befürwortete eine etwaige Sondersitzung. Die Fraktionen müssten sich umgehend mit dem Thema auseinandersetzen und seien darauf angewiesen, definitive Informationen aus Berlin unverzüglich zu erhalten. Er zeigte sich irritiert darüber, dass die Presse über das vorliegende Arbeitspapier scheinbar noch vor den Fraktionen informiert gewesen sei. Vorrangig solle man sich auf Vorha-

ben konzentrieren, die sich bereits im Planungsstadium befinden. Der schnellen Realisierung müssten klare Zielvorgaben und Schwerpunktsetzungen voran gehen. Wichtig sei auch die Frage der Finanzierung, denn der Kreis bekomme nicht nur Geld, er werde sich auch selbst an den Maßnahmen beteiligen müssen und dürfe dabei absehbare erhebliche Kostenveränderungen im Sozialbereich nicht außer Acht lassen. Neben den investiven Maßnahmen seien Maßnahmen der Qualifikation von großer Bedeutung. In diesem Zusammenhang erinnerte er an einen bereits seit langem bestehenden Bedarf im Bereich der Sozialberufe, beispielsweise Altenpflege und Kinderbetreuung.

Kreistagsabgeordneter Lutz Lienenkämper begrüßte das vorliegende umfangreiche Arbeitspapier als gute Basis für die anstehenden Beratungen. Das bereits bestehende Kreisentwicklungskonzept sei von großem Nutzen. Man müsse sich nun auf den engen Zeitplan konzentrieren. Die Entscheidung des Bundeskabinetts sei für den 28.01.2009 vorgesehen. Ferner müssten die abschließenden Beratungen von Bundestag und Bundesrat abgewartet werden, so dass man erst im März endgültige Informationen haben werde. Nichts desto trotz seien parallele Vorbereitungen entscheidend wichtig. Mit Blick auf den zu TOP 5.3 eingereichten Antrag der SPD-Kreistagsfraktion bestätigte er, dass am Ende die Politik zu entscheiden habe. Er gab jedoch zu bedenken, dass unter Berücksichtigung aller Mittelempfänger des Konjunkturprogramms der dem Kreis zugeteilte Betrag überschaubar sein werde, so dass er vor allzu großen Erwartungen warne. Mit ihrem Antrag wiederhole die SPD-Kreistagsfraktion Selbstverständlichkeiten, die sich bereits aus dem Energiepakt ergeben. Bezüglich der geforderten vorrangigen Nutzung beschränkter Ausschreibungen und freihändiger Vergaben seien zunächst die Entwicklungen auf Bundesebene abzuwarten. Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion sei insgesamt überflüssig.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel widersprach dieser Bewertung. Der Antrag seiner Fraktion spiegle die Signale des Konjunkturprogramms wieder. Im Übrigen sei das Konjunkturprogramm ein Glücksfall für das Kreisentwicklungskonzept und nicht umgekehrt. Die Forderungen zu den Vergaben zielten insbesondere darauf ab, bei der Planung Projekte von vornherein derart zu gestalten, dass sie in dem entsprechenden Rahmen bleiben. Erstrebenswert sei die Positionierung des Kreistags mit einem einheitlichen Paket. Die Schwerpunkte der SPD-Kreistagsfraktion seien aus deren Antrag ersichtlich. Die Qualifikation Jugendlicher und die Förderung von Pflegeberufen seien besonders wichtig. Hinsichtlich der Eigenbeteiligung des Kreises sei es erforderlich, frühzeitig über den jeweiligen Projektanteil des Kreises informiert zu sein. Auf das Land müsse dahingehend eingewirkt werden, dass auch den finanzschwachen Kommunen Projekte ohne Eigenanteil möglich sind.

Kreistagsabgeordneter Dr. Bijan Djir-Sarai wies die Darstellung des Konjunkturprogramms als Möglichkeit der Entlastung privater Haushalte und des Schuldenabbaus als haltlos zurück. Zwar könnten öffentliche Investitionen sinnvoll sein und es sei erfreulich, dass sich die Verwaltung dieses Themas so früh und so umfangreich angenommen habe, doch müsse man sich stets über die Eigenbeteiligung des Kreises und deren möglichen Auswirkungen auf die Entschuldung des Kreises im Klaren sein. Der Kreis trage als Umlageverband eine besondere Verantwortung.

Landrat Dieter Patt stimmte zu, dass die Entschuldung nicht gefährdet werden dürfe.

Kreiskämmerer Ingolf Graul erklärte, dass in Anbetracht der vielen noch offenen Fragen zum Konjunkturprogramm derzeit keine Prognosen zu Auswirkungen auf den Kreishaushalt möglich seien.

Kreistagsabgeordneter Jürgen Güsgen teilte mit, dass seine Fraktion nachhaltige Investitionen unterstützen werde. Das Konjunkturprogramm sei ein Schuldenprogramm. Daher müsse streng geprüft werden, welche Maßnahmen der Wirtschaft nachhaltig helfen. Hierbei müsse sich der Kreis seiner Verantwortung als Umlageverband stets bewusst sein. Ferner appellierte er an die Politik, dieses Thema nicht als Wahlkampfthema zu nutzen. Die Unternehmen müssten gezielt auf Qualifizierungsmaßnahmen angesprochen werden.

Auch die Kommunen in einer schlechten Haushaltssituation sollen das Konjunkturprogramm nutzen können, so der Kreistagsabgeordnete Lutz Lienenkämper. Allerdings seien viele Details noch ungeklärt. Es sei jedoch absehbar, dass auch diese Kommunen einen Eigenanteil leisten müssten.

1. stellvertretender Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose stellte klar, dass man bisher nicht mehr als ein Ankündigungsprogramm habe. Daher könne im Moment nicht mehr getan werden, als Projekte zu sammeln und vorzustellen. Hier habe die Verwaltung bereits gute Vorarbeit geleistet. Investitionen kämen nur dort in Frage, wo die Planungen bereits fortgeschritten seien. Zudem dürften keine großen Geldströme erwartet werden. Zur Eigenbeteiligung auch finanzschwacher Gemeinden gab er deren Verantwortlichkeit zu bedenken. Es gebe durchaus Kommunen, die ihre Situation durch schlechtes Wirtschaften selbst verschuldet hätten. Diese dürften dafür nicht auch noch belohnt werden, indem auf ihren Eigenanteil verzichtet werde. Man müsse die weiteren Entscheidungen in Berlin abwarten.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer riet davon ab, den Kreis auf einen Umlageverband zu reduzieren. Der Kreis habe eigene Kompetenzen. Es treffe zu, dass das Konjunkturprogramm kreditfinanziert sei. Nachhaltige Investitionen zu Nutzen auch künftiger Generationen seien jedoch richtig. So seien insbesondere Weiterbildungsmaßnahmen auch ein wichtiger Standortfaktor.

Landrat Dieter Patt appellierte, dass man diese Chance ernst nehmen und schließlich unisono Position beziehen müsse. Die Aufgabe müsse gemeinsam angegangen werden. Es gehe um Mittel, die allen zu Gute kämen. Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion werde in die weiteren Beratungen einbezogen.

Kreistagsabgeordneter Jürgen Güsgen berichtete über seine positiven Eindrücke bei der Unternehmerreise nach Kaluga. Die Reise sei eine sehr gut vorbereitete Plattform mit einem vielfältigen Teilnehmerkreis gewesen. Viele Gespräche mit Unternehmen seien zustande gekommen, woraus sich auch schon konkrete Projekte ergeben hätten. Er dankte für die professionelle Vorbereitung und Gestaltung der Reise. Damit Unternehmen nicht nur reagieren, sondern auch agieren könnten, seien derartige Reisen sehr hilfreich.

Landrat Dieter Patt zeigte sich erfreut über diesen positiven Bericht und begrüßte es, dass ein Abgeordneter in der Eigenschaft als Unternehmer an einer solchen Reise teilnehme. Im Übrigen bestätigte Kreistagsabgeordneter Heijo Drießen diesen positiven Eindruck. Kaluga sei ein gutes Beispiel für die wachsende Attraktivität für große ausländische Investoren.

5.1. Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand: Januar 2009)

Vorlage: VII/607/2009

Protokoll:

Es wird auf die Ausführungen zum übergeordneten Tagesordnungspunkt 5 „Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung“ verwiesen.

5.2. Konjunkturprogramm II der Bundesregierung

Vorlage: III/647/2009

Protokoll:

Es wird auf die Ausführungen zum übergeordneten Tagesordnungspunkt 5 „Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung“ verwiesen.

5.3. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion "Investitionsprogramm für den Rhein-Kreis Neuss"

Vorlage: 010/651/2009

Protokoll:

Es wird auf die Ausführungen zum übergeordneten Tagesordnungspunkt 5 „Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung“ verwiesen.

6. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II)

Vorlage: 50/610/2009

Protokoll:

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

KA/20090121/Ö6

Beschluss:

Der Kreisausschuss nahm den Bericht der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

7. Mitteilungen

Protokoll:

Landrat Dieter Patt informierte über seine in Kürze anstehende Dienstreise nach Kolumbien. Auf Anfrage des Kreistagsabgeordneten Rainer Thiel stellte er klar, dass es unter anderem um ein Partnerschaftsprojekt einer städtischen Schule in Dormagen mit einer kolumbianischen Schule gehe.

8. Anfragen

Protokoll:

Finanzierungsgutachten des Erftverbandes

Auf die Frage des Kreistagsabgeordneten Erhard Demmer nach dem Stand des Finanzierungsgutachtens zur Kappung von Grundwasserspitzen im Gebiet Korschenbroich erklärte Landrat Dieter Patt, dass der Erftverband derzeit noch einzelne Aspekte prüfe. Sobald das Gutachten vorliege, werde er die Grundwasserkommission einladen.

Netzwerktagung Arbeitsmarkt

Anlässlich einer Frage des Kreistagsabgeordneten Erhard Demmer erklärte Leitender Kreisrechtsdirektor Tillmann Lonnes, dass die Netzwerktagung Arbeitsmarkt im späten Frühjahr vorgesehen sei.

RWE: Erdkabel

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erinnerte daran, dass die Verwaltung bezüglich des Themas „Erdkabel“ an RWE herantreten wollte.

Laut Landrat Dieter Patt stehe dies noch auf der Tagesordnung.

Integrative Beschulung im Rhein-Kreis Neuss

Auf die Frage des Kreistagsabgeordneten Jürgen Güssen nach der Situation der integrativen Beschulung im Rhein-Kreis Neuss erklärte Landrat Dieter Patt, dass dies Thema des Schulausschusses sein werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Dieter Patt um 17:30 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Dieter Patt
Landrat

Jürgen Klose
Schriftführer